



Niederschrift

66. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Mittwoch, 29.02.2012
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	20:30 Uhr
Ort, Raum:	R. 280 a, Stadthaus

Anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Birgit Müller	DIE LINKE	
Frau Dr. Sigrid Müller	DIE LINKE	
Herr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg	DIE LINKE	
Frau Dr. Karin Schröter	DIE LINKE	
Frau Hannelore Knoblich	SPD	
Herr Mike Schubert	SPD	
Herr Claus Wartenberg	SPD	ab 17:08 Uhr
Herr Dr. Hagen Wegewitz	SPD	
Herr Klaus Rietz	CDU/ANW	
Herr Michael Schröder	CDU/ANW	
Herr Johannes Baron v. d. Osten gen. Sacken	FDP	
Frau Ute Bankwitz	BürgerBündnis	
Herr Arndt Sändig	Die Andere	
Herr Peter Schultheiß	Potsdamer Demokraten	

stellv. Ausschussmitglieder

Frau Saskia Hüneke	Bündnis 90/Die Grünen	bis 17:45 Uhr
Herr Andreas Menzel	Bündnis 90/Die Grünen	ab 17:45 Uhr

Nicht anwesend sind:

Herr Jann Jakobs	Oberbürgermeister	entschuldigt
Herr Peter Schüler	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt

Gäste:

Herr Exner, GB Zentrale Steuerung und Service	Herr Wiemer Böhme, Stadtkontor GmbH
Frau Dr. Seemann, für den GB Bildung, Kultur, Sport	Herr Kärsten, Archiv e. V.
Frau Müller-Preinesberger, GB Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und, Umweltschutz	Herr Westphal, Pro Potsdam
Herr Klipp, GB Stadtentwicklung und Bauen	Herr Richter, KIS
Herr Kümmel, Büro des Oberbürgermeisters Grundstücksmanagem.	Herr Dahlmann, Beteiligungsmanagement
Schriftführerin: Frau Ziegenbein	Frau Krusemark, SB Recht und weitere Gäste: siehe Gästeliste

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
08. Februar 2012
- 3 Erhebung eines "Parkeintritts" durch die Stiftung Preußische Schlösser und
Gärten
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 4.1 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Energie und Wasser Potsdam GmbH
Vorlage: 11/SVV/0997
Fraktion DIE LINKE
 - 4.2 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Energie und Wasser Potsdam GmbH
(EWP)
Vorlage: 12/SVV/0045
Oberbürgermeister
 - 4.3 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke Potsdam GmbH (SWP)
Vorlage: 12/SVV/0022
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
mit zwei Änderungsanträgen der Fraktion FDP
 - 4.4 Abberufung und Neubestellung der von der Landeshauptstadt Potsdam in den
Aufsichtsrat der SWP entsandten städtischen Vertreter/innen
Vorlage: 12/SVV/0023
Oberbürgermeister, Beteiligungsmanagement
Austauschblätter vom 25.01.2012
 - 4.5 Bürgerbeteiligung an der Energie und Wasser Potsdam GmbH (EWP)
Vorlage: 11/SVV/0492
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Neue Fassung
 - 4.6 Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' -
Platz 11 - Kulturstandort 'Archiv' erhalten
Vorlage: 11/SVV/0825
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
Ausschuss für Finanzen (ff)
 - 4.7 Pachtzins für alternative Wohnprojekte
Vorlage: 11/SVV/0874
Fraktion Die Andere

- 4.8 Sicherung preiswerter Mieten in der Pasteurstr. 23 a-c
Vorlage: 11/SVV/0968
Fraktion Die Andere
- 4.9 Beteiligungskonzept Gartenstadt Drewitz
Vorlage: 11/SVV/0857
Oberbürgermeister, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege
- 4.10 Vereinbarung zwischen dem Oberbürgermeister und der
Stadtverordnetenversammlung über die Einrichtung einer Schlichtungsstelle und
die einvernehmliche Regulierung von streitigen Akteneinsichts- und
Auskunftsansprüchen von Stadtverordneten
Vorlage: 11/SVV/0892
Oberbürgermeister
- 4.10.1 Dienstanweisung zur Erfüllung der Auskunft- und Akteneinsichtsrechte der
Stadtverordneten nach der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg
Vorlage: 11/SVV/0898
Oberbürgermeister, Servicebereich Recht und Grundstücksmanagement
- 4.11 Schwimmbad
- 4.11.1 Variantenuntersuchung zur Zukunft der Schwimmbadversorgung in Potsdam
Vorlage: 11/SVV/0942
Oberbürgermeister, FB Bildung und Sport
- 4.11.2 Sanierung Schwimmhalle plus Neubau Kiezbad
Vorlage: 11/SVV/0914
Fraktion DIE LINKE
Ea DIE LINKE vom 06.12.2011
- 4.11.3 Verständigung über die Durchführung einer Bürgerbefragung
- 4.11.4 Städtebaulicher Wettbewerb zum Brauhausberg
Vorlage: 11/SVV/0388
Fraktion DIE LINKE
- 4.11.5 Städtebauliches Konzept für das Vorgelände des Brauhausberges
Vorlage: 11/SVV/0423
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 4.11.6 Konkretisierung Masterplan Brauhausberg
Vorlage: 11/SVV/0434
Fraktion FDP
- 4.11.7 Rückübertragung der Grundstücke am Brauhausberg
Vorlage: 11/SVV/0665
Fraktionen FDP, BürgerBündnis

- 4.11.8 Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 - TOP 20 'Liste der Bürgerinnen und Bürger'
Platz 2 - Sanierung Schwimmhalle Brauhausberg
Vorlage: 11/SVV/0816
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
Ausschuss für Finanzen (ff)
- 4.12 Gründung einer Stiftung zur Förderung der Kultur- und des Sports in der
Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 11/SVV/0919
Fraktion CDU/ANW
- 4.13 Stiftung Freier Uferweg Griebnitzsee
Vorlage: 12/SVV/0016
Fraktion DIE LINKE
- 4.14 Einführung der papierlosen Vorgangsbearbeitung in der Stadtverwaltung
Vorlage: 11/SVV/0921
Fraktion BürgerBündnis
- 4.15 Konzessionsvertrag für die Stromversorgung in den Ortsteilen Groß Glienicke,
Marquardt, Neu Fahrland, Satzkorn, Uetz-Paaren und Fahrland
Vorlage: 11/SVV/0953
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
auch OBR Groß Glienicke, Marquardt, Neu Fahrland, Satzkorn, Uetz-Paaren
und Fahrland
- 4.16 Akteneinsicht durch Stadtverordnete beim Grundbuchamt
Vorlage: 12/SVV/0032
Fraktionen SPD, CDU/ANW
Hauptausschuss zur Erledigung
- 4.17 Zeitnahe Information der Stadtverordneten über in- und externe Stellungnahmen
zu Beratungsgegenständen
Vorlage: 12/SVV/0037
Fraktion Die Andere
- 4.18 Ein Stadtfest für Potsdam
Vorlage: 12/SVV/0042
Fraktionen FDP, Potsdamer Demokraten
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Jahresbericht 2010 des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt
Vorlage: 11/SVV/0806
Oberbürgermeister, Gleichstellungsbeauftragte
- 5.2 Sachstand zur Turnhalle der Griebnitzsee-Schule
aus HA 21.12. – Sonstiges

- 5.3 Erarbeitung eines Konzeptes "Erschwingliche Mieten für alle"
Vorlage: 11/SVV/0960
Oberbürgermeister, GB Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und
Umweltschutz
- 5.4 Information über den Wohnungsmarkt der Landeshauptstadt Potsdam 2010
(Wohnungsmarktbericht 2010)
Vorlage: 11/SVV/0878
Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt
- 5.5 Qualitäten in der Speicherstadt sichern (vorgelagerter Uferweg Mittlere
Speicherstadt)
Vorlage: 12/SVV/0029
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
- 5.6 Abschlussbericht Rechenschaft Bürgerhaushalt 2008
Vorlage: 12/SVV/0139
Oberbürgermeister, Zentrale Steuerungsunterstützung
- 6 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der stellvertretende Vorsitzende Herr Schröder eröffnet die Sitzung, da sich der Oberbürgermeister im Urlaub befindet.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 08. Februar 2012

Herr Schröder stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 15 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Bezüglich der öffentlichen Tagesordnung schlägt er folgende Änderungen vor:

- die Tagesordnungspunkte 4.1 – 4.4 **zurückzustellen**, da hierzu die Anwesenheit eines Vertreters der E.ON edis AG erbeten wurde. Dieser Einladung werde das Unternehmen auch Folge leisten, aber nur zu einer Hauptausschusssitzung, zu der der Oberbürgermeister anwesend ist. Da dieser sich jedoch bis Ende März im Urlaub befindet, sollten diese Punkte in der Sitzung am 28. März oder 11. April wieder aufgerufen werden.
- den Tagesordnungspunkt 4.7 **zurückzustellen**, da hierzu Gespräche

zwischen der Pro Potsdam und den Wohnprojekten geführt werden sollen. Die Beratung solle unter Berücksichtigung der Gesprächsergebnisse erfolgen.

- den Tagesordnungspunkt 4.18, DS 12/SVV/0042, Ein Stadtfest für Potsdam, **zurückzustellen**, da noch kein Votum des Ausschusses für Finanzen vorliegt.

Im Weiteren liegt ein Antrag auf Rederecht zum Tagesordnungspunkt 4.6, DS 11/SVV/0825, Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 11 - Kulturstandort 'Archiv' erhalten, von Herrn Kay Kärsten, Archiv e. V., vor.

Gegen die so geänderte Tagesordnung, einschließlich des Antrags auf Rederecht erhebt sich kein Widerspruch.

Zur Niederschrift des öffentlichen Teils der 65. Sitzung des Hauptausschusses vom 08. Februar 2012 gibt es keine Hinweise und erhebt sich kein Widerspruch.

zu 3 Erhebung eines "Parkeintritts" durch die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt Herr Schröder Herrn Prof. Dr. Dorgerloh. Dieser berichtet, dass er soeben von der Stiftungsratssitzung komme und der Tagesordnungspunkt bezüglich des Parkeintritts nicht abgesetzt, sondern im Ergebnis ein Beschluss zum Verfahren gefasst worden sei. Dieser beinhalte, den Punkt im II. Quartal 2012 wieder aufzurufen und die plötzlich aufgetauchten rechtlichen Fragen zu klären. Damit bleibe auch sein Auftrag, mit der Stadt Gespräche bezüglich der Finanzierung des Parks zu führen.

Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, ob eine rechtliche Klärung bezüglich der Satzungsänderung erfolgt ist, entgegnet er, dass diese Rechtsfrage nur ein „Nebenstrang“ sei. Die eigentliche Frage betreffe den Punkt, wie man langfristig dafür sorgen könne, dass Schlösser und Parks über lange Zeit erhalten bleiben und die Schere zwischen öffentlicher Förderung und den Ausgaben der Stiftung auf Dauer geschlossen werde.

Auf die Nachfrage, welche Leistungen und welche Unterstützung die Stiftung von der Stadt erwarte, um einen Parkeintritt zu vermeiden, führt Herr Prof. Dr. Dorgerloh aus, dass Lösungen für das Pflegedefizit benötigt werden und es dabei auch um die Wettbewerbsfähigkeit der Stadt Potsdam gehe. Im letzten Jahr habe die Stiftung Rückläufe bei den Besucherzahlen festgestellt, so dass das Thema, wie Besucher nach Potsdam „zu kriegen sind“, im Mittelpunkt stehe. Möglichkeiten aus Sicht der Stiftung sind die Suche nach dauerhaften und verlässlichen Lösungen, um das bestehende Defizit maßgeblich zu reduzieren. Dabei gebe es Varianten, um der Stadt Potsdam entgegenzukommen, wie Kombitickets für den BUGA-Park und den Park Sanssouci, Jahresabos der Verkehrsbetriebe, Vergünstigungen für Mieter der städtischen Wohnungsbaugesellschaft oder aber im Rahmen der Würdigung ehrenamtlichen Engagements.

Herr Schubert führt aus, dass der von der TMB vorgeschlagene Eintritt in Höhe von 5 Euro weltfremd sei und spricht sich für Erleichterungsmaßnahmen aus. Trotzdem solle das Defizit minimiert werden, wie z. B. über eine freiwillige zweckgebundene Tourismusabgabe. Die kurze Zeit bis ca. Mai sollte dringend

genutzt werden, um in Gespräche einzusteigen. Herr Exner führt aus, dass er Verständnis für das Anliegen habe und verstehe, dass die nationalen und internationalen Touristen „ins Visier“ genommen werden. Aus kommunalen Mitteln Zuschüsse zu geben, halte er kaum für möglich, vor allem, weil es sich hier um eine nationale Aufgabe handele. Das Anliegen werde die Stadt unterstützen.

Herr Prof. Dr. Dorgerloh entgegnet, dass der Stiftungsrat eine klare Positionierung des Landes Brandenburg erwarte, denn der Bund werde nicht die „Rolle des Bösen“ übernehmen.

Herr Schulheiß spricht sich dafür aus, die Touristen mehr zu beteiligen; die Frage sei aber, wie mit den Potsdamern umgegangen werde, denn durch die zentrale Lage des Parks gebe es entsprechende Bedürfnisse. Außerdem stehe die Frage nach den Kosten- und Nutzenrelationen.

Herr Prof. Dr. Dorgerloh betont, dass die Stiftung nicht mit großen Investitionen in diesem Bereich tätig werden wolle, sondern hierzu sollen die Besucherbetreuer wirksam werden. Es gehe auch nicht um eine flächendeckende Kontrolle; es werde immer „schwarze Schafe“ geben. Berücksichtigt werden Regelbesucher, wie Studenten – außerdem werde nicht zu allen Zeiten ein Eintritt erhoben. Trotzdem verursache das Ausgaben, die Einnahmen jedoch sprechen für das Modellprojekt. Diese Einnahmen sollen in die Pflege des Park Sanssouci fließen. Bezüglich der Tourismusabgabe merkt er an, dass diese nur die Potsdamer Tourismuswirtschaft belasten würde und es um die Touristen ginge, die in Potsdam eine geringe Wertschöpfung hinterlassen sowie hier nicht übernachten.

Frau Bankwitz spricht sich gegen die Erhebung eines Parkeintritts aus, da zu befürchten sei, dass das dann bald für alle Parks gelte. Dem schließt sich Herr Schubert an und betont, dass ein Modellprojekt die Angst einschließe, dies zu verstetigen. Er fragt nach, wie Verstöße vollstreckt werden und ob dazu mehr Personal benötigt wird. Gleichzeitig spricht er sich dafür aus, Maßnahmen zu vermeiden, die dem Image des Parks nicht gut tun. Abschließend appelliert Herr Prof. Dr. Dorgerloh an die Politiker, sich auf die Diskussion einzulassen, um das Ziel zu erreichen; schon das würde helfen.

Auf die Nachfrage von Frau Bankwitz, ob er sich einen Selbstbindungsbeschluss vorstellen könne, für andere Parks keinen Eintritt zu nehmen, entgegnet Herr Prof. Dr. Dorgerloh, dass dies in der Verantwortung des Stiftungsrates liege.

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 4.1 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Energie und Wasser Potsdam GmbH

Vorlage: 11/SVV/0997

Fraktion DIE LINKE

zurückgestellt – bis Ende März/Anfang April 2012

zu 4.2 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Energie und Wasser Potsdam GmbH (EWP)

Vorlage: 12/SVV/0045

Oberbürgermeister

zurückgestellt – bis Ende März/Anfang April 2012

zu 4.3 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke Potsdam GmbH (SWP)

Vorlage: 12/SVV/0022

Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
mit zwei Änderungsanträgen der Fraktion FDP

zurückgestellt – bis Ende März/Anfang April 2012

zu 4.4 Abberufung und Neubestellung der von der Landeshauptstadt Potsdam in den Aufsichtsrat der SWP entsandten städtischen Vertreter/innen

Vorlage: 12/SVV/0023

Oberbürgermeister, Beteiligungsmanagement
Austauschblätter vom 25.01.2012

zurückgestellt – bis Ende März/Anfang April 2012

zu 4.5 Bürgerbeteiligung an der Energie und Wasser Potsdam GmbH (EWP)

Vorlage: 11/SVV/0492

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Neue Fassung

Frau Hüneke bringt namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Antrag ein und verweist auf die dazu ausgereichte neue Fassung vom 21.06.2011. Sie schlägt vor, diese zu ändern und im ersten Absatz, letzte Zeile, das Wort „geschaffen“ durch „geprüft“ zu ersetzen sowie die letzte Zeile des Antrags zu streichen. Herr Dr. Scharfenberg erinnert an die im August vergangenen Jahres dazu geführte Diskussion und seine Anregung, die Bürgerbeteiligung nicht nur auf die EWP zu beziehen, sondern zu prüfen, für welche Unternehmen das noch geeignet sei.

Da Frau Hüneke und auch Herr Exner Bedenken äußern und vorschlagen, sich erst im Ergebnis der Prüfung damit zu beschäftigen, beantragt Herr Dr. Scharfenberg, im ersten Absatz statt EWP, „der Unternehmen der SWP“ einzufügen.

Dieser Änderungsantrag wird anschließend zur Abstimmung gestellt und mit 11 Nein-Stimmen, bei 4 Ja-Stimmen **abgelehnt**.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Bei den zu treffenden Entscheidungen über die zukünftige Führung und Gesellschafterstruktur der EWP soll die Möglichkeit einer Beteiligung von Bürgern an der Gesellschaft **geschaffen geprüft** werden.

Dabei sollen folgende Eckpunkte geprüft werden:

- ob die Möglichkeit zur Beteiligung der Bürger an einer Bürgerbeteiligungsgesellschaft besteht, die ihrerseits Anteile an der EWP erwirbt. Die Rechtsform der Bürgerbeteiligungsgesellschaft sollte z.B. eine Genossenschaft sein.
- ob die Bürgerbeteiligungsgesellschaft Miteigentümer bei der EWP wird – vorerst in Höhe von 35 % des Stammkapitals, wobei der Wert vorab von

einem unabhängigen Wirtschaftsprüfer zu ermittelt ist. Dabei wäre das neu eingebrachte Stammkapital nicht als Kaufpreis, sondern als Kapitalerhöhung zu verstehen, wobei hier zu prüfen ist, ob die Minderheitsbeteiligung der EON.Edis zurückgekauft werden kann und als Stammkapital der Bürgerbeteiligungsgesellschaft zur Verfügung steht oder aber der bestehende Gesellschaftervertrag um eine 35 %-tige Kapitalerhöhung durch die Bürgerbeteiligungsgesellschaft der Vorzug gegeben wird.

- Anteile an der Bürgerbeteiligungsgesellschaft können natürliche Personen erwerben, die Strom-, Gas- und/oder Fernwärme-Kunden der EWP sind. Weiterhin soll geprüft werden, welche Möglichkeiten es für die Beteiligung von Umlandgemeinden gibt, die Konzessionen an die EWP vergeben.
- Die Bürgerbeteiligungsgesellschaft mit möglichst geringer Beteiligungshöhe soll eine breite Streuung der Anteile ohne Dominanz von „Großinvestoren“ haben. Ein Anteil an der Genossenschaft soll einen Wert von 500 Euro haben (=Mindesteinlage). Eine Begrenzung der Einlagen nach oben soll auf max. 20 Anteilen pro Genosse (10.000 €) begrenzt werden. Für Umlandgemeinden sind ggf. Sonderregelungen zu erarbeiten.
- Wenn die Bürgerbeteiligungsgesellschaft einen Anteil von mindestens 5 % an der EWP erreicht hat, soll sie einen Sitz im Aufsichtsrat der EWP erhalten.
- Die Stadt Potsdam bzw. die von ihr beherrschte Holding Stadtwerke Potsdam GmbH bleiben Mehrheitseigner der EWP und geben nicht in höherem Maße Anteile an die Bürgerbeteiligungsgesellschaft ab, als die anderen Gesellschafter der EWP. ~~Die Minderheitenrechte der privaten Mitgesellschafter sollen auch bei einer Verringerung ihrer Anteile erhalten bleiben.~~

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 10
Ablehnung: 2
Stimmenthaltung: 3

zu 4.6 Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 11 - Kulturstandort 'Archiv' erhalten

Vorlage: 11/SVV/0825

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
Ausschuss für Finanzen (ff)

Eingangs erhält Herr Kärsten vom Archiv e. V., das Rederecht und verweist in diesem auf das Bestehen des Vereins seit 18 Jahren sowie dessen Entwicklung und Erfolge. Im Weiteren beleuchtet er die Frage, ob es den Archiv e.V. auch in den nächsten 20 Jahren geben werde, was auch von dem anstehenden Sanierungsvorhaben abhängt. Aus seiner Sicht müsse das nicht in einem Paket erfolgen, sondern könne auch nach 2014 und in folgenden Jahren realisiert werden. Außerdem könne sich die dafür notwendige Summe durch einen hohen Eigenanteil des Vereins selbst entschieden minimieren.

Frau Dr. Seemann geht in ihrem Redebeitrag auf die Historie der anstehenden Gebäudesanierung, die notwendigen Mittel, die Kostenermittlung und die EW-Bau ein. Da die Stadtkontor GmbH mit der baufachlichen Prüfung der EW-Bau beauftragt wurde, bitte sie, Herrn Wiemer die Möglichkeit zu geben, die mit dem Archiv e. V. abgestimmten Ergebnisse zu erläutern.

Herr Wiemer führt aus, dass sowohl die Wirtschaftlichkeit, Zweckmäßigkeit und Nachhaltigkeit der Maßnahme als auch der kurz-, mittel- und langfristige Instandsetzungsbedarf und die Unterhaltungskosten geprüft worden seien; das

auf Grundlage einer Gebäudebesichtigung und der vorliegenden Unterlagen. Außerdem sei vor den Brandschutzmaßnahmen die Gesamtmaßnahme geprüft worden. Die baufachliche Prüfung habe ergeben, dass für die Brandschutzsanierung 1.050 T€ und für den Ausbau des Kellergeschosses zu Proberäumen abzüglich möglicher Eigenleistungen des Vereins 1.083 T€ benötigt würden. Damit seien nur die Mindestmaßnahmen erfasst, um das Gebäude zu erhalten; darin eingeschlossen seien keine Modernisierungsmaßnahmen wie z. B. Heizung und Elektro. Allerdings seien bestimmte Vorarbeiten zwingend notwendig, damit die Brandschutzmaßnahmen überhaupt sinnvoll durchgeführt werden können.

Im Ergebnis der Prüfung liege ein Maßnahmenkatalog vor, der nur Mindeststandards enthalte und mit dem Archiv e. V. und dessen Architekten abgestimmt und unterschrieben sei.

In der sich anschließenden Diskussion äußert Herr Schultheiß Bedenken bezüglich der fehlenden Erneuerung der Heizung und der Elektroanlagen und fragt nach, ob auch die Kosten für eine Gesamtsanierung ausgerechnet worden seien. Dies verneint Herr Wiemer, da dafür Standards festgelegt werden müssten. Herr Schultheiß macht im Weiteren auf das bestehende Haushaltsdefizit aufmerksam und darauf, dass diese zusätzlichen Ausgaben auf „Pump“ finanziert werden müssten.

Herr Exner stellt fest, dass der Archiv e. V. von einem Betrag in Höhe von 635.000 € ausgehe, die Prüfung der Stadtkontor GmbH von rund 1,1 Mio € für die Mindestsanierung – also einem Minimalprogramm. Auf seine Frage, ob die Maßnahme damit ausfinanziert sei, denn das sei für den Fördermittelgeber wichtig, entgegnet Herr Wiemer, dass von der Summe der von Herrn Kärsten angekündigte Eigenanteil in Höhe von 50.000 € abgezogen werden könne, so dass 1 Mio € zu Buche schlagen. Aus seiner Sicht mache es wenig Sinn und sei es nicht wirtschaftlich, die Maßnahme zu splitten und in die Zukunft zu schieben. Das sollte in einem Paket erfolgen.

Herr Schubert bittet, den Vortrag in einen kurzen Bericht zu fassen und die Zahlen „auf den Tisch“ zu legen, denn hierzu sei eine Rücksprache mit den Fraktionen notwendig.

Herr Dr. Scharfenberg erinnert an die klare Beschlusslage zu diesem Thema und die dazu lange geführte Diskussion. Er meine, die Brandschutzsanierung und die davor notwendigen Maßnahmen seien eine Investition, die man tätigen sollte. Außerdem habe es eine Zusage des Oberbürgermeisters gegeben, eine entsprechende Vorlage vorzulegen, wenn die konkreten Zahlen vorliegen.

Frau Dr. Müller äußert die Bitte, den Zahlen und Leistungen auch einen Zeitplan hinzuzufügen, um zu sehen, „über wie viel Haushaltsjahre“ hier geredet werde.

Frau Dr. Schröter merkt an, dass sie das Projekt sehr unterstütze. Da in den letzten 18 Jahren kein Geld dafür geflossen sei, wo andere Projekte diese erhalten haben, sei das jetzt über 40 Jahre gut angelegtes Geld.

Frau Bankwitz schließt sich dem an, denn auch bei anderen Zuschüssen sei nicht nachgefragt worden. Ehrenamtliche Arbeit müsse Anerkennung finden und für die Finanzierung sollten Fördermöglichkeiten geprüft werden, wie die von der Wirtschaftsförderung vor kurzem in der Presse dargestellte Richtlinie zur nachhaltigen Stadtsanierung. Hier sollte die Stadt und nicht der Verein Mittel beantragen und auch andere Möglichkeiten kreativ in Anspruch nehmen.

Herr Exner verweist auf die bestehende Finanzierungslücke von rund 400.000 Euro und darauf, dass diese aus dem Investitions- und nicht aus dem Ergebnishaushalt zu finanzieren sei. Schon im Jahr 2013 werden dafür weniger Haushaltsmittel zur Verfügung stehen und insgesamt gebe es im Zeitraum 2012 – 2015 eine Lücke von 16 Mio. Euro. Diese Lücke zu schließen, sei keine einfache

Aufgabe.

Auf die Frage nach einer möglichen Zeitschiene entgegnet Herr Richter, dass dies davon abhängt, welche Finanzen zu welchen Zeiten zur Verfügung stehen. Man könne die Maßnahmen von einem Jahr bis vier Jahre strecken, was aber eine eingeschränkte Nutzung zur Folge hätte. Eine Komplettanierung über ein Jahr sei auch wirtschaftlich sinnvoll, denn je länger man strecke, je teurer werde es. Bezüglich der geforderten Nutzung von Förderprogrammen merkt er an, dass die anstehenden Maßnahmen in die üblichen Förderprogramme nicht „reinpassen“.

Auf die Bitte von Frau B. Müller sagt Frau Dr. Seemann zu, die geforderte Auflistung mit einer entsprechenden Untersetzung sowie der Zeitschiene der Niederschrift beizufügen. Auf die von der Verwaltung geäußerten Bedenken bezüglich der Prüfung der Förderprogramme entgegnet Frau Bankwitz, dass eine schnelle Klärung durchaus möglich und das Ziel es wert sei, entsprechende Anträge zu stellen, auch wenn dies einen zusätzlichen Aufwand bedeute.

Gegen die Zurückstellung des Antrags bis zur Hauptausschusssitzung am 14. März erhebt sich kein Widerspruch.

zu 4.7 Pachtzins für alternative Wohnprojekte

Vorlage: 11/SVV/0874

Fraktion Die Andere

zurückgestellt, da hierzu Gespräche zwischen der Pro Potsdam und den Wohnprojekten geführt werden sollen. In die Beratung sollten die Gesprächsergebnisse einbezogen werden.

zu 4.8 Sicherung preiswerter Mieten in der Pasteurstr. 23 a-c

Vorlage: 11/SVV/0968

Fraktion Die Andere

zur Erledigung überwiesen

Herr Schröder erklärt sich für befangen, übergibt die Sitzungsleitung an Frau Knoblich und nimmt an der Beratung und Abstimmung nicht teil.

Anschließend verweist Herr Sändig in seinem Redebeitrag auf dazu geführten Gespräche mit der Pro Potsdam – Herrn Westphal - zu denen er weitere Nachfragen habe, wie die Höhe der Sanierungskosten, die Neuvermietung der Wohnungen und die bereits erfolgte Ankündigung der Sanierungsmaßnahme.

Darauf Bezug nehmen erläutert Herr Westphal, dass Sanierungskosten in Höhe von 1.000 €/m² nicht ungewöhnlich seien. Die Miete für die Bestandsmieter werde um einen gekappten Modernisierungszuschlag erhöht. Das sei möglich, weil bei Neuvermietungen die Miete erhöht werde und dies wiederum notwendig, um die entsprechenden Einnahmen erzielen zu können. Darüber hinaus werden Gespräche mit den Mietern geführt und soziale Härtefälle in der Art berücksichtigt, dass adäquate Angebote gemacht oder ein Antrag auf Wohngeld gestellt wird. Bezüglich der Schreiben zur Ankündigung der Modernisierungsmaßnahme führt er aus, dass diese schon an die Mieter „herausgegangen“ sein können, ohne dass er jetzt jedes Schreiben kenne. Dies sei unter Berücksichtigung der Nutzung bestehender Förderprogramme auch notwendig. Im Weiteren betont Herr Klipp, dass dieses Thema nicht Gegenstand einer Hauptausschusssitzung sein könne. Die Sozialverträglichkeit von

Modernisierungen betreffe alle Objekte in der Stadt, sei immer ein individuelles Problem und Geschäft der laufenden Verwaltung. Um dem Anliegen gerecht zu werden, schlage er vor, dass die Pro Potsdam über die dazu genutzten und zur Verfügung stehenden Instrumente und Verfahren zur angemessenen Berücksichtigung von Härtefällen in einer der nächsten Hauptausschusssitzungen Bericht erstattet. Bezüglich des Antrags sollte es bei der Willensbekundung bleiben und alles nach dem ersten Satz des Beschlusstextes gestrichen werden. Herr Dr. Scharfenberg führt aus, dass er den Antrag nicht als eine „Insellösung“ verstanden habe, sondern damit solle auf Vorgänge in Babelsberg aufmerksam gemacht werden, dass dort keine Verdrängung stattfinden dürfe. Mit einem starken städtischen Unternehmen soll die Mietentwicklung beeinflusst werden, so dass er den Vorschlag von Herrn Klipp sehr begrüße.

In der weiteren Diskussion sprechen sich Herr Exner und Frau Dr. Schröter ebenfalls für den Vorschlag von Herrn Klipp aus und Herr Menzel für politische Vorgaben bezüglich der Sanierungshöhe, um nicht zwingend die maximale Sanierung an Gebäuden durchführen zu müssen.

Herr Sändig übernimmt die Änderungen des Beschlusstextes und stimmt der Streichung des Textes nach dem ersten Satz zu, so dass folgende Fassung zur Abstimmung gestellt wird:

Der Hauptausschuss beschließt:

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich für eine sozialverträgliche Sanierung und Modernisierung der Gebäude Pasteurstraße 23 a-c durch die Pro Potsdam aus.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	12
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	2

zu 4.9 Beteiligungskonzept Gartenstadt Drewitz

Vorlage: 11/SVV/0857

Oberbürgermeister, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege

Herr Klipp bringe den Antrag ein und verweist auf die zustimmende Stellungnahme des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen, einschließlich redaktioneller Änderungen, die mit Datum vom 18.01.2012 und in anderer Übersicht dargestellt, mit Datum vom 29.02.2012 ausgereicht wurden.

Herr Dr. Scharfenberg merkt an, dass er sich über die Berücksichtigung der Anregungen der Bürger freue und die Zustimmung zu diesem Antrag empfehle.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Das vorliegende Beteiligungskonzept für die Gartenstadt Drewitz wird gebilligt (siehe Anlage).

Die Stadtverordnetenversammlung bekennt sich zur stärkeren Beteiligung im Rahmen des Projektes Gartenstadt Drewitz. Die Stadtverordnetenversammlung trifft ohne Anhörung der Bürgervertretung Drewitz keine Entscheidungen zu Drewitz und gewährt der Bürgervertretung bei Themen zur Gartenstadt Drewitz Rederecht in ihren Gremien.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass die Inhalte des Konzeptes zur Verstärkung und Verbesserung der Bürgerbeteiligung im Rahmen des Projektes Gartenstadt Drewitz umgesetzt werden.

Die Stadtverordnetenversammlung appelliert an alle Akteure in Drewitz, die Landeshauptstadt bei der Umsetzung des Konzeptes nachhaltig zu unterstützen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	12
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

**zu 4.10 Vereinbarung zwischen dem Oberbürgermeister und der Stadtverordnetenversammlung über die Einrichtung einer Schlichtungsstelle und die einvernehmliche Regulierung von streitigen Akteneinsichts- und Auskunftsansprüchen von Stadtverordneten
Vorlage: 11/SVV/0892**

Oberbürgermeister

Herr Exner verweist eingangs auf die im Rechnungsprüfungsausschuss empfohlenen Änderungen und Ergänzungen, denen die Verwaltung so folgen könne. Bezüglich der Mitteilungsvorlage, DS 11/SVV/0898, Dienstanweisung zur Erfüllung der Auskunfts- und Akteneinsichtsrechte der Stadtverordneten nach der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg, liege eine neue Textfassung vor. Damit sei wegen der Rechtsänderung im § 97 BbgKVerf eine Anpassung erfolgt und der Oberbürgermeister werde diese Dienstanweisung dann erlassen.

Frau Dr. Müller merkt an, dass diese als Tischvorlage ausgereichten Änderungen von niemandem gelesen werden konnten und textlich auch nicht passen.

Die Vorlage zur Einrichtung einer Schlichtungsstelle, so Herr Dr. Scharfenberg, müsse nach Meinung seiner Fraktion schlichtweg abgelehnt werden. Der Oberbürgermeister als derjenige, der Akteneinsicht gewähre, sei parteiisch und könne nicht gleichermaßen die Schlichtungsstelle sein. Damit würden die Voraussetzungen für eine unabhängige Schlichtung fehlen. Über das jetzt mit den Änderungen vorliegende Angebot müsse man nachdenken. Er bittet aber auch zu prüfen, wie eine unabhängige Schlichtung erfolgen könne. Herr Schultheiß und Herr Sändig schließen sich der Kritik an, dass der, der über die Akteneinsicht entscheide, nicht gleichzeitig die Schlichtungsstelle sein könne und sprechen sich für einen unabhängigen Juristen aus. Herr Sändig zweifelt eine Vermeidung von Rechtsstreitigkeiten an und empfindet die Frist von 21 Tagen für zu lange.

Frau Krusemark nimmt in ihren Ausführungen Bezug auf die im Rechnungsprüfungsausschuss geänderte Fassung und sagt eine textliche Anpassung bzw. redaktionelle Überarbeitung zu. Sie betont, dass die Schlichtungsstelle natürlich eine freiwillige Angelegenheit sei und damit möglicherweise durchaus Rechtsstreitigkeiten vermieden werden können. Auch eine unabhängige Stelle ändere nichts daran, dass letztlich das Gericht entscheide.

Herr von der Osten-Sacken meint, dass eine gewisse Objektivität gebraucht werde, aber nicht auf Honorarbasis, sondern eher jemand, der im Umkreis dafür zur Verfügung steht, außer dem Oberbürgermeister und dem Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung. Darauf Bezug nehmend führt Herr Exner aus,

dass es auch keinen Sinn mache, jemanden in der Mitarbeiterschaft zu suchen, denn derjenige sei wiederum weisungsabhängig. Er meine, man müsse sich hier selbst „zusammenraufen“ und die Argumente in der Schlichtung austauschen. Er plädiere dafür, dies auszuprobieren und dann zu bewerten, ob es funktioniere, denn manchmal seien auch nur Marginalien auszuräumen.

Herr Menzel begrüßt den jetzt vorgeschlagenen Weg ausdrücklich und übt an dem bisherigen Verfahren Kritik.

Herr Sändig merkt ebenfalls kritisch an, dass das Ergebnis des von seiner Fraktion angeregten Workshops z. B. eine weitere Vertrauensperson beinhalte. Das wurde zwar aufgenommen, aber nun habe diese Person kein Stimmrecht.

Herr Dr. Scharfenberg stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Zurückstellung der Vorlagen, verbunden mit der Überlegung, die geäußerten Bedenken auszuräumen.

Dieser wird zur Abstimmung gestellt und mit 15 Ja-Stimmen, bei einer Stimmenthaltung **angenommen**.

zu 4.10.1 Dienstanweisung zur Erfüllung der Auskunft- und Akteneinsichtsrechte der Stadtverordneten nach der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg
Vorlage: 11/SVV/0898

Oberbürgermeister, Servicebereich Recht und Grundstücksmanagement

siehe Tagesordnungspunkt 4.10

zu 4.11 Schwimmbad

Der gesamte Tagesordnungspunkt 4.11 wird auf Grund des erst beendeten Workshops und der anstehenden Bürgerbefragung **zurückgestellt**

zu 4.11.1 Variantenuntersuchung zur Zukunft der Schwimmbadversorgung in Potsdam

Vorlage: 11/SVV/0942

Oberbürgermeister, FB Bildung und Sport

zu 4.11.2 Sanierung Schwimmhalle plus Neubau Kiezbad

Vorlage: 11/SVV/0914

Fraktion DIE LINKE

zu 4.11.3 Verständigung über die Durchführung einer Bürgerbefragung

zu 4.11.4 Städtebaulicher Wettbewerb zum Brauhausberg

Vorlage: 11/SVV/0388

Fraktion DIE LINKE

- zu 4.11.5 **Städtebauliches Konzept für das Vorgelände des Brauhausberges**
Vorlage: 11/SVV/0423
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- zu 4.11.6 **Konkretisierung Masterplan Brauhausberg**
Vorlage: 11/SVV/0434
Fraktion FDP
- zu 4.11.7 **Rückübertragung der Grundstücke am Brauhausberg**
Vorlage: 11/SVV/0665
Fraktionen FDP, BürgerBündnis
- zu 4.11.8 **Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 - TOP 20 'Liste der Bürgerinnen und Bürger' Platz 2 - Sanierung Schwimmhalle Brauhausberg**
Vorlage: 11/SVV/0816
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
Ausschuss für Finanzen (ff)
- zu 4.12 **Gründung einer Stiftung zur Förderung der Kultur- und des Sports in der Landeshauptstadt Potsdam**
Vorlage: 11/SVV/0919
Fraktion CDU/ANW

Frau Dr. Seemann informiert über die Voten der Ausschüsse; der Ausschuss für Kultur hat die Vorlage zurückgestellt, um mehrere Stiftungsmodelle zu prüfen und der Ausschuss für Bildung und Sport hat eine von der Antragstellerin geänderte Fassung abgelehnt.

Anschließend bringt Herr Schröder den Antrag ein und betont, dass es sich um einen Prüfauftrag handele, mit dem es nicht darum gehe, Sponsoring zu ersetzen, sondern Planungssicherheit für die Vereine zu schaffen. Frau Dr. Schröder nimmt Bezug auf die im Ausschuss für Kultur geführte Diskussion, in der darauf verwiesen wurde, dass eine Stiftung kein Wundermittel sein werde und sich aus einer Gründung nicht mehr Geld ergebe. Einzig positiv sei, dass die Mittel quasi „neutral“ vergeben werden. Da der Antrag sehr allgemein gefasst sei, habe sich der Ausschuss darauf verständigt, Ideen dazu einzuholen. Auf Anregung von Herrn Schubert, den zweiten Satz zu streichen, die Vorteile zu prüfen und zu gucken, wo es sinnvolle Beispiele gebe und in diesem Sinne den ersten Satz zu ändern, schlägt Herr Schröder folgender Beschlusstext vor:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Möglichkeiten zur Einnahmeerhöhung durch die Gründung einer Stiftung zur Förderung der Kultur und des Sports in der Landeshauptstadt Potsdam zu prüfen.

Das Prüfergebnis ist der Stadtverordnetenversammlung im Juni 2012 vorzulegen.

Gegen den Vorschlag, den so geänderten Antrag **zurückzustellen** und nach Behandlung im Ausschuss für Kultur wieder aufzurufen, erhebt sich **kein Widerspruch**.

zu 4.13 Stiftung Freier Uferweg Griebnitzsee
Vorlage: 12/SVV/0016
Fraktion DIE LINKE

Herr Dr. Scharfenberg bringt den Antrag ein. Anschließend empfiehlt Herr Exner, diesen abzulehnen, weil die, die dafür in Frage kommen, sagen, sie müssen wissen „was am Ende dabei herauskomme“. Der Text in der vorliegenden Fassung bringe gar nichts.

Herr Dr. Scharfenberg fordert nachdrücklich, an die bereits gelaufene Diskussion anzuknüpfen. Er sei auch gern bereit, den Vorschlag zu ändern, sich mit der Verwaltung in den nächsten 4 Wochen zum Text zu verständigen und eine geeignete Formulierung zu finden.

Gegen eine **Zurückstellung** und **Wiedervorlage** zur Hauptausschusssitzung am **28.03.2012** erhebt sich kein Widerspruch.

zu 4.14 Einführung der papierlosen Vorgangsbearbeitung in der Stadtverwaltung
Vorlage: 11/SVV/0921
Fraktion BürgerBündnis

Frau Bankwitz bringt den Antrag ein und erklärt sich auf Nachfrage von Herrn Schubert mit einer schriftlichen Berichterstattung im Juni 2012 einverstanden. Auf Hinweis von Herrn Exner, dass in diesem Jahr die nächste dreijährige Planung aufgenommen und somit im Juni nur über einen Status berichtet werden könne, erklärt sich Frau Bankwitz auch damit einverstanden.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt in der Stadtverordnetenversammlung ~~März~~ **Juni** 2012 die bisherigen Planungen für die Einführung der papierlosen Vorgangsbearbeitung in der Stadtverwaltung vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen.**

zu 4.15 Konzessionsvertrag für die Stromversorgung in den Ortsteilen Groß Glienicke, Marquardt, Neu Fahrland, Satzkorn, Uetz-Paaren und Fahrland
Vorlage: 11/SVV/0953

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
auch OBR Groß Glienicke, Marquardt, Neu Fahrland, Satzkorn, Uetz-Paaren und Fahrland

Die zustimmenden Voten des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung, der Ortsbeiräte Groß Glienicke, Marquardt, Fahrland, und die Kenntnisnahme der Ortsbeiräte Neu Fahrland, Satzkorn und Uetz-Paaren werden einschließlich der redaktionellen Änderung zur Kenntnis genommen.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Konzessionsvertrag für die Stromversorgung in den Ortsteilen Groß Glienicke, Marquardt, Neu Fahrland, Satzkorn, Uetz-Paaren und Fahrland mit der Energie

und Wasser Potsdam GmbH.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 14
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 1

zu 4.16 Akteneinsicht durch Stadtverordnete beim Grundbuchamt

Vorlage: 12/SVV/0032

Fraktionen SPD, CDU/ANW

Hauptausschuss zur Erledigung

Zu diesem Antrag besteht kein Redebedarf.

Der Hauptausschuss beschließt:

Die Stadtverordneten der Stadtverordnetenversammlung Potsdam sind grundsätzlich befugt, das behördliche Akteneinsichtsrecht in die Grundakten von Grundbuchämtern bei Eigentumsübergängen, an denen die Landeshauptstadt Potsdam beteiligt ist - also als Voreigentümer oder als neuer Eigentümer - wahrzunehmen. Dazu bedarf es keiner weiteren gesonderten Darstellung des berechtigten Interesses, da dieses hinreichend mit Zuweisung der Aufgabe der Stadtverordnetenversammlung als Dienstvorgesetzte und oberste Dienstbehörde des Hauptverwaltungsbeamten gem. § 61 Abs. 2 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg als gegeben anzusehen ist und mit diesem Beschluss an jeden einzelnen Stadtverordneten übertragen wird. Ausnahme stellen Vorgänge dar, bei denen Stadtverordnete gemäß den geltenden kommunalrechtlichen Bestimmungen befangen sind.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 11
Ablehnung: 1
Stimmenthaltung: 3

zu 4.17 Zeitnahe Information der Stadtverordneten über in- und externe Stellungnahmen zu Beratungsgegenständen

Vorlage: 12/SVV/0037

Fraktion Die Andere

Herr Sändig bringt den Antrag ein. In der sich anschließenden Diskussion äußert Herr Schubert die Befürchtung, dass den Stadtverordneten noch mehr Informationen in noch kürzeren Abständen vorgelegt werden. Das Ziel, mehr Informationen zu bekommen, könne man mit diesem Antrag nicht erreichen.

Sie könne das Anliegen verstehen und dem folgen, so Frau Dr. Schröter, vermute aber auch, dass das Problem damit nicht zu lösen sei, denn teilweise werde bereits so verfahren. Herr Dr. Scharfenberg empfiehlt, über das Anliegen nachzudenken und die Informationen in geeigneter Weise zugänglich zu machen. Da keine Änderungen zu diesem Antrag vorliegen, bittet Herr Schubert um Abstimmung:

Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Oberbürgermeister auf, künftig sicherzustellen, dass fachliche oder rechtliche Stellungnahmen, Gutachten u. ä. Papiere, die interne oder externe Stellen, Behörden, Gutachter oder Beraterinnen

zu Beratungsgegenständen der Stadtverordnetenversammlung oder ihrer Ausschüsse, Beiräte und sonstigen Gremien erstellt oder abgegeben haben, binnen 48 Stunden nach Eingang in der Stadtverwaltung an die Fraktionen weitergeleitet werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6

Ablehnung: 7

Stimmenthaltung: 2

Damit empfiehlt der Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag abzulehnen.

- zu 4.18 Ein Stadtfest für Potsdam**
Vorlage: 12/SVV/0042
Fraktionen FDP, Potsdamer Demokraten

zurückgestellt

- zu 5 Mitteilungen der Verwaltung**

- zu 5.1 Jahresbericht 2010 des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt**
Vorlage: 11/SVV/0806
Oberbürgermeister, Gleichstellungsbeauftragte

Frau Trauth-Koschnik bringt die Mitteilungsvorlage ein, die anschließend zur Kenntnis genommen wird.

- zu 5.2 Sachstand zur Turnhalle der Griebnitzsee-Schule**
aus HA 21.12. – Sonstiges

Herr Richter informiert, dass die alte Turnhalle abgerissen sei und der Neubau, auch auf Grund der Witterungsbedingungen, „gut laufe“. Insofern scheint das Ziel, die Halle zum Schuljahresbeginn 2012 fertigzustellen, realistisch und erreichbar.

Frau Dr. Seemann ergänzt die Ausführungen und informiert darüber, dass für die Schüler ein alternativer Sportunterricht stattfindet. So gebe es einen zusätzlichen Schwimmunterricht, Besuche des BUGA-Parks und werde der Sportplatz sowie der Container der Marienschule genutzt. Im Weiteren sei eine Zirkusprojektwoche geplant, die vom Bereich Bildung und Sport mit einer Summe von 8.000 Euro unterstützt werde.

Die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, welche Alternative den die Turnhalle bislang nutzenden Vereinen angeboten wurde, kann Frau Dr. Seemann nicht beantworten, sagt aber eine Information an die Fraktionen zu.

Ebenso wird die Antwort auf die Nachfrage, ob Baumaßnahmen der EWP in der R.-Breitscheid-Straße den Bau der neuen Turnhalle gefährden, nicht abschließend beantwortet werden; eine Antwort wird von Herrn Klipp ebenfalls an die Fraktionen nachgereicht.

zu 5.3 Erarbeitung eines Konzeptes "Erschwingliche Mieten für alle"

Vorlage: 11/SVV/0960

Oberbürgermeister, GB Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und Umweltschutz

Herr Böttche bringt die Mitteilungsvorlage ein und gibt den aktuellen Sachstand zur Kenntnis. Anschließend fragt Herr Dr. Scharfenberg nach, ob das für November 2012 angekündigte Konzept, das Konzept im eigentlichen Sinne sei und Ergebnisse enthalte oder damit das Konzept zur Erarbeitung gemeint sei. Herr Böttche verweist auf den dazu gefassten Beschluss, so dass im November die geforderte Agenda mit den Fragestellungen und Themen vorgelegt werden solle. Trotzdem habe der Oberbürgermeister das „sportliche“ Ziel, schon zum Jahresende erste Ergebnisse vorlegen zu wollen.

Auf Nachfrage und Hinweis von Frau Dr. Schröter ist unter dem Punkt 4 der Unterpunkt 4.3 zu streichen, da dies bereits im Punkt 4.2 enthalten ist.

Nachdem Frau Müller-Preinesberger auf die Notwendigkeit der immer währenden Fortschreibung des Konzeptes aufmerksam gemacht hat, wird die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis genommen.

zu 5.4 Information über den Wohnungsmarkt der Landeshauptstadt Potsdam 2010 (Wohnungsmarktbericht 2010)

Vorlage: 11/SVV/0878

Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 5.5 Qualitäten in der Speicherstadt sichern (vorgelagerter Uferweg Mittlere Speicherstadt)

Vorlage: 12/SVV/0029

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

Die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, ob die Mitteilung so gemeint sei, dass die Verwaltung über die beiden Möglichkeiten informiert und die Stadtverordnetenversammlung sich nun entscheiden müsse, bejaht Herr Klipp. Dann werde die Fraktion DIE LINKE den Vorschlag machen, die kostengünstigere Variante mit einer Aufschüttung des Weges zu nehmen. Das, so Herr Klipp, müsse aber auch geplant, finanziert und genehmigt werden und könne längere Zeit dauern.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 5.6 Abschlussbericht Rechenschaft Bürgerhaushalt 2008

Vorlage: 12/SVV/0139

Oberbürgermeister, Zentrale Steuerungsunterstützung

Auf die Nachfrage von Frau B. Müller, ob so ein Abschlussbericht auch schneller vorgelegt werden könne, verweist Herr Exner auf die ausführliche Darstellung im Internet, die auch die Folgejahre beinhalte.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 6 Sonstiges

keine Wortmeldungen